

Rundschreiben



6/2010

Dezember 2010

Weitere Aktionen gegen die Kürzung/ Streichung der Sonderzahlung

Nachdem sich die Senatorinnen und Senatoren im Oktober 2010 bei dem „illegalen Beamtenprotest“ (das staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren gegen den Vorsitzenden des dbb hamburg ist inzwischen eingestellt worden - die Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen die Beteiligten läuft derzeit) vor dem Hamburger Rathaus geweigert haben, die „Roten Karten“ in Empfang zu nehmen, hatten wir den dbb hamburg aufgefordert, die Karten in anderer geeigneter Form an den Bürgermeister und die Senatorinnen und Senatoren weiterzuleiten.

Der dbb hamburg hat Anfang November den Mitgliedern des Hamburger Senats vorweihnachtliche Geschenke per Post zukommen lassen. Jede Senatorin und jeder Senator sowie der Erste Bürgermeister darf sich nun über ein Paket mit jeweils 2.000 roten Karten freuen (insgesamt hat der dbb hamburg einen Rücklauf von über 20.000 Karten verzeichnen können).

Den Paketen beigelegt wurde darüber hinaus eine 20seitige Auflistung von zum Teil wütenden und bissigen Kommentaren und Bemerkungen der Hamburger Beamtinnen und Beamten zu der geplanten Kürzung bzw. Streichung der Sonderzahlung.

Außerdem hat der dbb hamburg Buttons mit dem Aufdruck „*Gehalt gekürzt - Motivation im Eimer*“ herstellen lassen. Durch das Tragen dieser Buttons können Sie zum Ausdruck bringen, was Sie von den geplanten Kürzungen und Streichungen der Sonderzahlung halten.

Am 25.11.2010 fand eine Demonstration der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG), des Bundes deutscher Kriminalbeamter (DdK) und des Richtervereins statt. Rund 7.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes zogen ab 15:00 Uhr vom CCH über Gänsemarkt und Jungfernstieg zum Ende der Mönckebergstraße, wo um 16:30 Uhr die Abschlusskundgebung stattfand. Viele Mitgliedsgewerkschaften, unter Ihnen zahlreiche DSTG-Mitglieder, folgten dem Aufruf der DPOIG und des dbb hamburg, sich an dieser Demonstration zu beteiligen.

In dieser Ausgabe:

Aktionen gegen Streichung/Kürzung	1-2
Letzte Meldung	1
Leserbrief	3
KONSENS - Seminar	4-5
Nachruf	6
Landesjugendtag 2010	7
Weihnachtsfeier OV Ruhestand	8
Anzeige BBBank	9-10
Weihnachtsgrüße	11
Organisation	12
Sonstiges	12

Letzte Meldung

Unserem Rundschreiben sind Flyer der HUK—Coburg zum möglichen Wechsel der Kfz-Versicherung und von Mitarbeiterverteile beigelegt. Wir bitten um Beachtung.

Weitere Aktionen

Gemeinsam mit dem dbb hamburg führen wir laufend Gespräche mit der Politik. Am 18.11.2010 traf sich der Geschäftsführende Vorstand des dbb hamburg zu einem Meinungsaustausch mit dem Vorsitzenden der Hamburger SPD, Olaf Scholz. Neben weiteren Themen haben wir auch nach seiner und der Haltung der SPD-Bürgerschaftsfraktion zur geplanten Kürzung/Streichung der Sonderzahlung gefragt. Er sagte, er gehe davon aus, dass die SPD in der Bürgerschaft die Senatsdrucksache ablehnen werde. Im übrigen halte er nichts von vagen Wahlversprechen, die nach den Wahlen wieder „kassiert“ werden. Daher bat er um Verständnis, dass er sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht dazu äußern werde, was passiert, wenn die SPD in die Regierungsverantwortung gelangen sollte. Wir machten ihm gegenüber deutlich, dass die Beamtinnen und Beamten in den letzten 15 Jahren bereits ihren Sparbeitrag durch diverse Kürzungen geleistet haben und ein weiterer Einschnitt in die Jahresbesoldung nicht hinnehmbar sei. Es könne nicht sein, dass die Stadt Millionen in Leuchtturmprojekte, wie Elbphilharmonie, Ausbau der U 4 oder Stadtbahn stecke und die Beamtinnen und Beamten dafür „bluten“ müssten.

Am 23.11.2010 folgte schließlich ein Gespräch mit dem Ersten Bürgermeister Christoph Ahlhaus. Auch hier machten wir die Empörung der Beamtinnen und Beamten wegen der geplanten Kürzung/Streichung deutlich. Gegenüber dem Ersten Bürgermeister führten wir neben den oben erwähnten Themen auch die Projekte NHH, ePers (Zentralisierung der Personalbearbeitung) und KoPers an, die Millionen kosten, bei denen aber nicht sicher sei, dass sie tatsächlich Effizienzgewinne brächten. Zudem erklärten wir unser Unverständnis zum Thema Zentralisierung der Personalbearbeitung. Der Service gegenüber dem Bürger wird immer mehr ausgebaut, wo bleibt der Service für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes? Bürgermeister Ahlhaus konnte zwar den Unmut der Beamtinnen und Beamten und die vorgetragenen Argumente zur Beibehaltung der Sonderzahlung nachvollziehen, will aber keine „Rolle rückwärts“ machen, da das eingesparte Geld dringend für eine Haushaltskonsolidierung benötigt werde. Die von den Steuerschätzern avisierten Steuermehreinnahmen würden dringend benötigt, um auch die gesetzlich vorgegebene Schuldenbremse umsetzen zu können. Zu den zum Teil immensen Kosten der Projekte wurde lediglich ausweichend geantwortet.

Mitte November haben wir schließlich die Kolleginnen und Kollegen aufgefordert, an die Bürgerschaftsabgeordneten zu schreiben, um ihren Unmut zur geplanten Kürzung bzw. Streichung der Sonderzahlung deutlich zu machen. Hierzu haben wir einen Vorschlag entworfen, den wir den Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung gestellt haben. Obwohl wir durch den Bruch der Regierungskoalition zwischen GAL und CDU und die zum 20. Februar 2011 angekündigten Neuwahlen nicht wissen, wie es weitergeht, sollten Sie auch weiterhin an die Abgeordneten schreiben und ihre Entrüstung über das nicht gerechtfertigte (geplante) Spardiktat klar zum Ausdruck zu bringen. Noch eine Bitte: Nutzen Sie unseren Vorschlag nur als Grundlage für ein eigenes Schreiben, sonst werden die Briefe per Sammeläußerung von den Abgeordneten der Bürgerschaftsfraktionen beantwortet.

Auch wenn die Senatsdrucksache, die übrigens von den Leitungen der Bezirke abgelehnt wurde, jetzt erst einmal auf Eis liegt, ist sie noch nicht ganz vom Tisch. In der Zwischenzeit werden wir in Gesprächen mit den Parteien weiter auf eine Rücknahme drängen.

Leserbrief

Regierungswechsel

So sehr das Auseinanderbrechen seiner Koalition den Ersten Bürgermeister auch schmerzen wird, eine Panne bleibt ihm nun hoffentlich erspart: seine Entscheidung Rüdiger Kruse zum neuen Finanzsenator zu machen.

Es bleibt ohnehin das Geheimnis des noch nicht lange im Amt befindlichen Ersten Bürgermeisters, warum er Carsten Frigge wissentlich um das schon laufende Ermittlungsverfahren als Senator ausgerechnet auch noch für die Finanzbehörde durch die Bürgerschaft bestätigen ließ. Und aus diesem Schaden nicht klug geworden, nun einen neuen bestellt, dessen Handlungen die Öffentlichkeit mehr als einmal empört haben. Ich nehme zwar an, dass der Bürgermeister, das in diesem Fall nicht wusste, aber nach den Erfahrungen mit dem gerade abtretenden Senator hätte er sich besser informieren müssen.

Rüdiger Kruse residiert noch immer im Niendorfer Gehege und zwar im ehemaligen Forsthaus (Bondenwald 108). Der Bezirk Eimsbüttel hat mittlerweile seit rund drei Jahren wieder einen Förster für das Gehege und will diesen hier unterbringen. Der Förster kann aber bis heute nicht in „seinem Wald“ wohnen. Rüdiger Kruse hat mehrfach – im letztjährigen Wahlkampf - seinen Auszug aus dem Forsthaus angekündigt. (Quellen: Welt: <http://www.welt.de/regionales/hamburg/article4077194/Kruse-zieht-aus-dem-Wald-aus.html>; HA <http://www.abendblatt.de/hamburg/article1103328/Niendorfer-kommen-sich-ins-Gehege.html>; Mopo: http://archiv.mopo.de/archiv/2009/20090613/hamburg/bizarrer_streit_um_dieses_forsthaus.html)

Doch bis heute sind keine Taten gefolgt. Nun soll er Präses von der Behörde werden, die dann für das Gebäude formell zuständig ist! Doch nun hat er erneut angekündigt, das Haus wirklich zu räumen. Heute erschien dazu ein Artikel in der Welt: http://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article11247952/Ruediger-Kruse-muss-umziehen.html

Große Diskussionen hatte auch sein (das SDW-) Projekt „Haus des Waldes“ ausgelöst, das er an unterschiedlichen Standorten im Gehege realisieren wollte (u.a. mit Cafeteria, als Tagungszentrum, etc.). Ursprünglich hatte er angekündigt, hierfür keine öffentlichen Mittel zu benötigen. Später wollte der Senat allein für dieses Projekt 4 Millionen Euro aus den Bundeskonjunkturmitteln geben!! Kein Wunder, der Draht von Kruse zu den Behörden- und Senatsvertretern ist kurz.

Ein Bürgerbegehren gegen das Vorhaben war erfolgreich; die Bezirksversammlung Eimsbüttel hat das Begehren Anfang des Jahres angenommen (mit Stimmen von SPD, GAL; Linken). Die CDU ist in der Sache natürlich offiziell immer auf Seiten ihres Kreis- und Ortsvereinsvorsitzenden Kruse. Hinter vorgehaltener Hand sind allerdings viele entsetzt..

Im März 2010 erschien im HA ein Artikel über Kruses Einkünfte als SDW-Geschäftsführer (ein relativ kleiner Landesverband). Quelle: <http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article1410700/Der-Teilzeit-Abgeordnete.html>

Kruse ist mit der SDW und der von ihm gegründeten Stiftung Wald Gesellschafter der einfal GmbH, die im Auftrag der Stadt allerhand Aufgaben übertragen bekommt.

Immer noch nicht richtig aufgearbeitet ist die Rolle Kruses/ der SDW im Zusammenhang mit der Max-Bahr-Errichtung. Die Mopo fragte letztes Jahr in einem Artikel: Wo sind die Millionen von Max Bahr? Quelle: http://archiv.mopo.de/archiv/2009/20090925/hamburg/politik/wo_sind_die_millionen_von_max_bahr.html

Für die Steuerverwaltung ist es ohnehin bitter, wieder nur einen Haushälter als Senator bekommen zu sollen, der sich nicht um die immer chaotischer werdende Steuergesetzgebung kümmert, und dazu noch einer ist, dem sein persönliches Wohlergehen wichtiger ist als das der Menschen in unserer Stadt.

Helga Schulz, Ehrenvorsitzende DSTG Hamburg

KONSENS - auch bei der DSTG

Seit Jahren veranstaltet die DSTG ein Seminar zum Thema KONSENS-Verfahren in der Steuerverwaltung. Nach dem Scheitern der ersten Projekte, eine Erhebungs- und Festsetzungssoftware bundeseinheitlich zu etablieren, FISCUS und Fiscus GmbH, setzten die Länder und der Bund ab 2004 auf KONSENS, das auf dem bayerischen EOSS-System basiert. Dieser Umstellungsprozess in der Steuerverwaltung wird von der DSTG mit den KONSENS-Seminaren begleitet. Hochkarätige Referenten, neueste Informationen und der Austausch unter den Teilnehmern über die Landesgrenzen hinweg ermöglichen es, dass die Gewerkschaft und die Personalräte diesen Umstellungsprozess seit Jahren qualitativ und gut informiert begleiten können.

Vom 14. – 16. November 2010 fand das diesjährige KONSENS-Seminar in der dbb akademie in Königswinter/Thomasberg bei Bonn statt. Es war das sechste, und wenn man das Veranstaltungsprogramm 2011 ansieht, das letzte dieser Seminare. Die Kollegen Michael Jürgens und Jan-Peter Asmussen nahmen aus dem Kreis des Personalrats teil.

Die Themen reichten von Risiko-Management-Systemen, DATA-Warehouse, Auswertungen mit „Business Intelligence Methoden“ (IDEA lässt grüßen) und der elektronischen Lohnsteuerkarte als sehr technikgetriebene Themen über die Schwierigkeiten der Umstellung der Systeme in Baden-Württemberg auf die KONSENS-Plattform bis zur Auswirkung der neuen Programme auf die Personalratsarbeit. Natürlich durften die Fabelwesen ELFE, BIENE und DAME nicht fehlen. Namen, mit denen KONSENS-Produkte so niedlich bezeichnet werden.

Hintergrundwissen wurde insbesondere durch die Dozenten für die eher technischen Themen vermittelt. Als Anwender erkennt man oftmals nicht die technischen und organisatorischen Zwänge, die ein solch großes und verknüpftes Projekt wie KONSENS auf die einzelnen Programmierabteilungen ausübt. War man früher gewohnt nach dem „Hey Joe“ –Prinzip Änderungen in bestehende Programme schnell einpflegen zu können, so bedarf es nun strukturierter Informationswege. Auswirkungen für den Anwender: Das User Help Desk, keine schnellen Programmlösungen und Änderungen, dafür aber durchdachtere Änderungen, bessere Dokumentation und im Endeffekt wohl auch bessere Software.

Ein KONSENS-Produkt, das zurzeit und in den nächsten Jahren große Auswirkungen auf die Steuerverwaltungen sowie die Steuerbürger haben wird, ist ELSTAM, das Elektronische Steuerabzugsmerkmal. In einem sehr interessanten Vortrag wurden den Teilnehmern die zugrunde liegende Technik und das Verfahren dargestellt. Auch erkannten wir, wie eng doch die Personalausstattung in diesem Bereich der Programmierung ist. So verzögerte sich der Einsatz des Dialoges I – die KollegInnen aus der IAS werden dieses Programm nun kennen – bundesweit aufgrund Arbeitsplatzwechsel des einen und Krankheit des anderen zuständigen Kollegen. Eine weitere Fußnote der Geschichte ist das erste Opfer dieser Neuerung: das Familienunternehmen, das bislang die Lohnsteuerkarten gedruckt hat, ist nun pleite.

KONSENS - auch bei der DSTG

In den eher organisatorisch orientierten Vorträgen wurde insbesondere die Bedeutung der Mitarbeiter herausgestellt, die die Lasten dieser neuen Software tragen müssen. Von den programmierenden bayerischen Kollegen, die den anderen Bundesländern helfend bei der Umstellung der Systeme zur Seite stehen, über die Kollegen in der Fortbildung bis zu den Kollegen, die als Endanwender mit den Systemen arbeiten müssen. Unter den Teilnehmern des Seminars war sehr schnell klar, dass ein gutes Change- bzw. Akzeptanzmanagement zur Akzeptanz des neuen Systems bei den Kollegen unerlässlich ist. Auch profitierten die Teilnehmer aus den noch nicht auf KONSENS umgestellten Ländern von den KONSENS erfahrenen Teilnehmern. Hier war einhellige Meinung, dass nur Information und gute Fortbildung zur notwendigen Akzeptanz in den Ämtern führt. Aus Hamburger Sicht war es schön zu wissen, dass wir die Probleme der Umstellung hinter uns gebracht haben und uns „nur“ noch mit den täglichen Problemen des KONSENS-Verfahrens herumschlagen müssen.

Dass Informationsaustausch und -gewinnung für Personalräte auf Ebene der DSTG notwendig sind, zeigt sich hier deutlich. Eine Fortsetzung der KONSENS-Seminare ist daher erforderlich und wird hoffentlich in der Seminarplanung 2012 berücksichtigt. Schlussendlich stellt die EDV das Rückgrat der Arbeitsmittel in der Steuerverwaltung dar. Informationsdefizit in diesem Bereich können wir uns nicht leisten.



Die Teilnehmer des KONSENS-Seminars der DSTG

Nachruf

Zum Tode von Michael Westphal

Mit Bestürzung und tiefer Trauer haben wir vom Ableben unseres lieben Kollegen Michael Westphal erfahren. Michael Westphal verstarb am 31. Oktober 2010. Michael Westphal, der seit Jahren mit einer heimtückischen Leukämie-Erkrankung lebte, war nach einer erfolgreichen Stammzellentransplantation auf dem Weg der Besserung. Die unerwartete Nachricht von seinem Tod ist daher ein schwerer Schock für die DSTG und seine Kolleginnen und Kollegen.

Schon früh engagierte er sich für die Belange seiner Kolleginnen und Kollegen. So war er von April 1995 bis Juni 2000 stellvertretender Vorsitzender der DSTG Jugend Hamburg. Er übernahm den Posten des Tarifvertreters vom Mai 1999 bis Ende 2000 im Ortsverband des Finanzamtes Elbufer und seit Oktober 2001 im Ortsverband der OFD bzw. ab Juni 2003 in der Finanzbehörde. Seit Mai 2003 war er Vorsitzender der Tarifvertretung der DSTG LV Hamburg und vertrat die Interessen der Kolleginnen und Kollegen in Hamburg und auf Bundesebene.

Auf dem Gewerkschaftstag 2003 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden der DSTG Hamburg gewählt und begann im Juni 2002 seine Arbeit als freigestelltes Mitglied im Personalrat der Steuerverwaltung. Seit April 2004 war er außerdem Ortsverbandsvorsitzender des Amtes 5 der Finanzbehörde.

Auch im dbb war er sehr aktiv (Geschäftsführer der dbb Jugend Hamburg, stellvertretender Vorsitzender der dbb Tarifkommission und von 2007 bis 2009 Vorsitzender der dbb Jugend Bund).

Michael Westphal war versierter Kenner des Hamburgischen Personalvertretungsrechtes und des Tarifrechts. Insbesondere durch seine hervorragenden Kenntnisse im Tarifrecht war er ein viel gefragter Ansprechpartner nicht nur unter KollegInnen sondern auch für die Verwaltung.

Michael Westphal hinterlässt eine große Lücke; sein Engagement und sein Einsatz für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Hamburg war und bleibt vorbildlich.

Wir haben einen Freund verloren, der immer da war, wenn man ihn brauchte. Wir werden ein nie verblassendes Andenken an ihn bewahren.

Der Vorstand der DSTG Landesverband Hamburg

XIII. Landesjugendtag 2010 der DSTG

Am 25.11.2010 war es wieder so weit. Die DSTG-Jugend Hamburg richtete den XIII. Landesjugendtag (LJT) aus.

Alle vier Jahre treffen sich Delegierte aus Hamburg, um die politische Linie der DSTG-Jugend Hamburg für die nächsten Jahre festzulegen und einen neuen Vorstand zu wählen. Bevor es zum Leitungswechsel kam, begrüßten die Delegierten zahlreiche Ehrengäste. Darunter den Vorsitzenden der DSTG Hamburg Michael Jürgens, die Vorsitzende der dbb-jugend Hamburg Petra Friedrich, sowie den Vorsitzenden des Ortsverbands Ruhestand Horst Plohnke. Als besondere Ehrengäste nahmen auch zwei Vertreter der DSTG-Jugend Schleswig-Holstein am LJT teil.

Bei den anstehenden Wahlen wurde die bisherige Landesjugendleiterin Katja Schönwald (Finanzamt Bergedorf) in ihrem Amt einstimmig bestätigt. Auch die stellvertretenden Vorsitzenden Sabine Kinder (Finanzamt Wandsbek) und Tatjana Borovkov (Finanzamt Oberalster) wurden wiedergewählt. Neu im Vorstand ist der erste stellvertretende Vorsitzende und Schatzmeister Wolfgang Germann (Finanzamt für Steuererhebung). Auch die stellvertretende Vorsitzende Franzy Heinker (Auszubildende im Finanzamt Hansa) wurde zum ersten Mal in die Landesjugendleitung der DSTG-Jugend Hamburg gewählt.

Nach der Wahl der neuen Landesjugendleitung wurde über die einzelnen Anträge diskutiert. Die Landesjugendleitung hat nun verschiedene Aufträge bekommen, für die sie sich auch in Zusammenarbeit mit verschiedenen Gremien einsetzen wird.



Die neue Landesjugendleitung der DSTG Jugend Hamburg:

Franzy Heinker, Tatjana Borovkov, Sabine Kinder, Wolfgang Germann und Katja Schönwald
mit dem Landesvorsitzenden Michael Jürgens

Weihnachtsfeier des Ortsverbandes Ruhestand

Am 2. Dezember 2010 fand die diesjährige Weihnachtsfeier des Ortsverbandes Ruhestand im Haus des Sports am U-Bahnhof Schlump statt, an der trotz des ergiebigen Schneefalls rund 160 Kolleginnen und Kollegen (pensionierte Beamtinnen und Beamte und Rentnerinnen und Rentner) teilgenommen haben. Unter ihnen waren Kollegen, die gerade erst seit ein paar Monaten dem Ortsverband angehören, aber auch schon lange Jahre pensionierte Kollegen - der älteste Teilnehmer war 88 Jahre jung.

Nachdem der Ortsverbandvorsitzende Horst Plohnke die Teilnehmer begrüßt hat und in seiner kurzen Rede insbesondere die Arbeitsbelastung der aktiven Kolleginnen und Kollegen hervorhob und hierfür die Belastungen durch Umzüge, Ämterzusammenlegungen, die Einführung von EOSS, die Neuorganisation auf VERA und nicht zuletzt die ständigen Steuerrechtsänderungen nannte, erläuterte DSTG - Vorsitzender Michael Jürgens aktuelle gewerkschaftspolitische Themen, wie das neue Hamburgische Beamtengesetz, das neue Hamburgische Besoldungs- und Versorgungsgesetz und natürlich die Aktivitäten der Gewerkschaften gegen die geplante Kürzung/Streichung der Sonderzahlung auch für die Versorgungsempfänger.

Kollege Hajo Seidel, Abteilungsleiter Personal in der Finanzbehörde, erläuterte in seiner Rede die Gründung der Norddeutschen Akademie für Finanzen und Steuerrecht, die großartige Leistung der Kolleginnen und Kollegen bei der Umstellung auf das neue Organisationsmodell VERA für den Innendienst. Außerdem ging er auf die kommende Pensionierungswelle in der Steuerverwaltung ein und warb um gemeinsame Anstrengungen, um den öffentlichen Dienst attraktiv zu halten, da sonst eine weitere erhebliche Arbeitsverdichtung auf die verbliebenen Kolleginnen und Kollegen zukomme.

Geehrt wurden anschließend viele Kolleginnen und Kollegen für 25, 40 und 50jährige Mitgliedschaft in der DSTG LV Hamburg. Michael Jürgens dankte den Jubilaren für ihre Treue, die dazu beigetragen hat, dass sich die DSTG stets für die Steuerbediensteten einsetzen konnten.

Kauf der Steuer-CD legalisieren

Der Ankauf von Steuersünder-Daten sollte legalisiert werden. Das fordert die DSTG nach positiven Erfahrungen in der Vergangenheit. Der Gesetzgeber müsse ein Signal setzen und klarstellen, dass für die Datensätze bezahlt werden kann, sagte DSTG Vorsitzender Dieter Ondracek. Die Grundsatzdebatte würde dann einmal im Bundestag geführt und müsste nicht jedes Mal aufs Neue begonnen werden. Ondracek rechnet durch den Ankauf von Steuersünderdaten mit Einnahmen von insgesamt zwei Milliarden Euro. „Die angekauften Daten und die drastisch gestiegene Zahl der Selbstanzeigen stehen in einem Zusammenhang“, sagte Ondracek. „Es gab in diesem Jahr bisher 25.000 Selbstanzeigen, die etwa 1,5 Milliarden Euro Steuernachzahlungen mit sich bringen werden.“ Die Ergebnisse aus den einzelnen Ermittlungen seien mit weiteren 500 Millionen Euro zu taxieren. „Knapp zwei Milliarden Euro wird der Datenkauf also letztlich einbringen“, so Ondracek.

Inzwischen hat auch das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil die Auswertung von Daten gekaufter CD's nicht verboten. (BVerfG, 9.11.2010, AZ 2 BvR 2101/09)



¹⁾ Voraussetzung: ohne Mindestengang, einmaliger Erwerb eines Genossenschaftsanteils in Höhe von 15,- Euro je Kontoinhaber
²⁾ Konditionen freibleibend, effektiver Jahreszins 8,23 %
³⁾ Voraussetzung: Bezügekonto (ohne Mindestengang)

Exklusivangebote für die Mitglieder der DSTG Hamburg

Die BBBank, die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst, bietet den Mitgliedern der DSTG Hamburg folgende Exklusivangebote, **gültig bis 28.02.2011**:

0,— Euro Bezügekonto¹⁾
+ 30,— Euro Startguthaben

- ▶ **7,99 % Abruf-Dispokredit²⁾³⁾**
- ▶ **0,— Euro Depot³⁾**
- ▶ **Riester-Fondsprodukt zum dbb-Mitgliedertarif**



BBBank-Filiale Hamburg-Wallhof
 Glockengießerwall 2, 20095 Hamburg
 Telefon 040/3 06 98 74-0, Telefax 040/3 06 98 74-66

Ihr Ansprechpartner
 Patrick Hofmann, Filialdirektor
 Mobil 01 72/ 6 79 78 99
 E-Mail patrick.hofmann@bbbank.de
www.bezuegekonto.de



Die Bank für Beamte
 und den öffentlichen Dienst

Exklusivangebote für die Mitglieder der DSTG Hamburg

► 0,- Euro Bezügekonto + 30,- Euro Startguthaben

- **Kostenfreie Kontoführung** inkl. BankCard – ohne Mindesteingang
- **Vorteil Ihrer dbb/DSTG-Mitgliedschaft:** 30,- Euro Gutschrift auf Ihr Bezügekonto über das dbb vorsorgewerk
- Regelmäßiger **kostenfreier Ratgeber** „Rund ums Geld im öffentlichen Sektor“ und **E-Mail-Newsletter** mit interessanten Informationen rund um den öffentlichen Sektor
- Bequemer **Umzugs-service** für Ihr bisheriges Konto: wir informieren z. B. Ihre Zahlungspartner über Ihre neue Bankverbindung u. v. m.
- **Kostenfreie Bargeldversorgung** an allen **BBBank-Geldautomaten** sowie an über **2.500 Geldautomaten** unserer **CashPool-Partner**.
- Weitere kostengünstige Verfügungsmöglichkeiten sind an über **18.600 Geldautomaten** des genossenschaftlichen BankCard ServiceNetzes möglich. Kostenübernahme für zwei Verfügungen (bis 27 Jahre für bis zu fünf Verfügungen) pro Monat bis zu jeweils 2,05 Euro¹⁾.



**dbb
vorsorgewerk**
günstig • fair • nah



► 7,99 % Abruf-Dispokredit²⁾ zum Bezügekonto

- Bis zum 6-Fachen Ihrer Nettoeinzüge

Beispiel: Nettodarlehensbetrag	10.000,- Euro
Laufzeit	12 Monate
Sollzinssatz (veränderlich)	7,99 % p. a.
Effektiver Jahreszins	8,23 %

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von 50.000,- Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren.

► 0,- Euro Depot zum Bezügekonto

- Die ideale Ergänzung zu Ihrem Bezügekonto
- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

► Riester-Fondsprodukt zum dbb-Mitgliedertarif

- Staatlich geförderte³⁾ Altersvorsorge mit der UniProfiRente unseres Partners Union Investment Privatfonds GmbH
- Mindestens 30 % Rabatt auf den Ausgabeaufschlag über die gesamte Laufzeit
- 100,- Euro BBBank-Gutschein⁴⁾ bei Abschluss der UniProfiRente
- 200,- Euro einmaliger Extrapbonus⁵⁾ für Berufseinsteiger unter 25 Jahre

Mindestens

30 % Rabatt

vom Ausgabeaufschlag bei 100 % Garantie aller eingezahlter Beiträge und Zulagen zum Beginn der Auszahlphase für Beschäftigte im öffentlichen Dienst und deren Angehörige.

¹⁾ Ab der dritten bzw. sechsten Verfügung pro Karte/Monat belasten wir aus den uns berechneten Entgelten 1,02 Euro/Verfügung weiter

²⁾ Konditionen freibleibend, effektiver Jahreszins 8,23 %

³⁾ Ist begrenzt auf den Förderhöchstbetrag nach AVmG (pro Jahr 2.100,- Euro)

⁴⁾ Voraussetzung: Neueröffnung eines Bezügekontos (ohne Mindesteingang)

⁵⁾ Bei Vorliegen der Voraussetzung für staatliche Förderung

Antwort

DSTG Hamburg,
gültig bis 28.02.2011

Bitte rufen Sie mich wegen einer Terminvereinbarung an.

Sie erreichen mich am besten zwischen _____

und _____ Uhr unter folgender

Telefonnummer _____

Meine Anschrift:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich bin interessiert an:

☐ der Eröffnung des kostenfreien Bezügekontos/Depots

☐ dem Abruf-Dispokredit

☐ dem Riester-Fondsprodukt

☐ _____

Telefonnummer privat/geschäftlich

Geburtsdatum

E-Mail

Bitte senden Sie diesen Coupon an BBBank eG, Patrick Hofmann, Glockengießerwall 2, 20095 Hamburg oder per Fax ☎ 040/3 06 98 74 66.
Gerne informieren wir Sie zukünftig über interessante Produkte der BBBank eG. Der Nutzung Ihrer (E-Mail-)Adresse zu Werbezwecken können Sie jederzeit, z. B. unter direkt@bbbank.de, widersprechen.



*Die DSTG
wünscht Ihnen
und Ihrer Familie*



*ein frohes Weihnachtsfest
und ein gutes Jahr 2011*





DSTG Landesverband Hamburg
Mönkedamm 11
20457 Hamburg
Telefon: 040/37 50 10 80/81
Fax: 040/37 50 10 82
E-Mail: buero@dstg-hamburg.de

Sie finden uns auch im Web:
www.dstg-hamburg.de

DSTG– die einzige
Fachgewerkschaft der
Finanzverwaltung.

Wir setzen uns ein für:

- *Verbesserung der Ausbildung*
- *Übernahme der Nachwuchskräfte*
- *Aufgabengerechte Personalausstattung*
- *Gerechte Besoldung*
- *Verbesserung der Aufstiegschancen*
- *Sicherung der Altersversorgung*
- *Kontinuierliche Fortbildung*
- *Gesundheitsförderung*
- *Steuerrechtsvereinfachung*
- *Steuergerechtigkeit*

Verantwortlich für den Inhalt: Michael Jürgens

Leserbrief/Kleinanzeigen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

hier ist noch Platz!

An dieser Stelle könnte ihr Leserbrief veröffentlicht werden. Wenn Sie uns also über etwas schreiben möchten, was Sie schon immer geärgert hat oder etwas, worüber Sie sich gefreut haben, schicken Sie uns Ihren Leserbrief.

Ihr Leserbrief kann mit Namen, aber auch anonym veröffentlicht werden.

Der Vorstand der DSTG Landesverband Hamburg freut sich über jede Zuschrift, egal ob positiv oder negativ und auch über Vorschläge für unsere Arbeit im politischen Raum.

Auch für Ihre Kleinanzeige wäre auf dieser Seite Platz. Hier veröffentlichen wir Ihre Kleinanzeige.

Sie möchten etwas verkaufen, suchen eine Wohnung oder ähnliches. Hier können Sie sehen, ob vielleicht eine Kollegin oder ein Kollege helfen kann oder genau das sucht, was Sie los werden wollen

Falls wir eine Kleinanzeige oder einen Leserbrief von Ihnen veröffentlichen sollen, senden Sie diese bitte per Post oder per Mail an unser Büro (Adresse siehe oben).